



Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden
E-Mail: pressereferat@wiesbaden.de
<http://www.wiesbaden.de/presse>

18. Februar 2021

Gesellschaft & Soziales, Kinder & Jugend

Wiesbadener Jugend bekommt zusätzliche Anlaufstellen: das Handlungsprogramm „Jugend ermöglichen“ nimmt Fahrt auf

Das Handlungsprogramm der hessischen Landeshauptstadt, das unter dem Slogan „Jugend ermöglichen“ steht, nimmt Fahrt auf.

Die Kommunalwahl steht vor der Tür und Jugendliche sind nicht wahlberechtigt.

Es wird über die beste Form des Unterrichts unter Pandemiebedingungen gestritten und entschieden - und auch hier werden die jugendlichen Schülerinnen und Schüler nicht gefragt. Es wird über die Zukunft des Planeten, über unser zukünftiges Klima entschieden - und Jugendliche haben auch da keine politische Stimme (es sei denn sie gehen auf die Straße).

Sieht es also generell schlecht aus mit der Beteiligung von Jugendlichen? Zumindest hat sich von der Haltung zur Beteiligung (auch) von Jugendlichen in den letzten Jahren viel geändert: Nicht nur die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wird in Wiesbaden inzwischen groß geschrieben; es gibt ein Jugendparlament in der Stadt, das sich zu jugendrelevanten Themen Gehör verschaffen kann. Die Kinderrechte und damit auch das Recht auf Gehör und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bestimmen die fachlichen Diskussionen.

Wie Jugendliche ihre Beteiligungsmöglichkeiten bewerten, hängt von vielen Faktoren ab:

In welchen Bereichen werden sie beteiligt - hat dieser Bereich Relevanz für ihren Alltag? Wie gut und wie zielgruppengerecht werden sie über ihre Möglichkeiten informiert? Wie viel Zeit und Ressourcen werden für den Beteiligungsprozess zur Verfügung gestellt? In welcher Zeit werden Ergebnisse umgesetzt? Haben sie selber Ressourcen zur Verfügung, über deren Verwendung sie weitgehend autonom entscheiden können?

Jugendliche monierten in einer repräsentativen Wiesbadener Jugendstudie 2017, dass sie bei Entscheidungen nur unzureichend beteiligt werden. Hierauf soll nun durch das „Handlungsprogramm Jugend ermöglichen“ ein Focus gelegt werden: indem eine Personalressource für das Feld der Beteiligung zur Verfügung gestellt wird, werden die Voraussetzungen für eine gelingende Umsetzung von Jugendbeteiligung geschaffen: welche Verbesserungsmöglichkeiten gibt es für bestehende Beteiligungsmöglichkeiten? Welche Formate können neu entwickelt werden, um ganz konkret mitreden zu können?

Jugendliche beschrieben in der Jugendstudie 2017 einen weiteren Schwachpunkt: sie wüssten zu wenig über Angebote, die es schon gibt, sei es im Freizeitbereich, seien es Hinweise, wo sie sich beteiligen können, oder auch über Beratungs- und Anlaufstellen bei Problemen. Mit der Schaffung einer neuen Stelle – geplanter Arbeitsbeginn ist der 1. April - kann mit dem Aufbau einer digitalen Jugendinformationsplattform begonnen werden.

Beteiligung und Jugendinformationszentrum werden, wie schon erfolgreich bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms erprobt, in ämterübergreifender und stadtweiter Zusammenarbeit mit Jugendlichen und Entscheidungsträgern entwickelt.

Unterstützend arbeitet die ämter- und dezernatsübergreifende Lenkungsgruppe daran, dass in allen Bereichen Jugendliche mit ihren Interessen systematisch wahrgenommen werden. Denn entgegen der Idee der „lauten“ Jugend sind es bislang eher die älteren Erwachsenen, die das politische Entscheidungsgeschehen massiv beeinflussen.

Der für das Thema Jugend zuständige Dezernent Christoph Manjura freut sich über die neuen Arbeitsschwerpunkte: „Wir erhoffen uns eine echte Verbesserung der Situation von Jugendlichen in Wiesbaden. Durch die stadtweite Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure sind Voraussetzungen geschaffen worden, Jugendlichen Raum und – bei Bedarf - Unterstützung zu geben, um sich aktiv an der Gestaltung der Stadtgesellschaft zu beteiligen“.

+++